



WIRTSCHAFTSPRÜFERKAMMER

Körperschaft des
öffentlichen Rechts

www.wpk.de/stellungnahmen/

Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie im Gewerberecht und in weiteren Rechtsvorschriften

Die Wirtschaftsprüferkammer hat mit Schreiben vom 23. Februar 2009 gegenüber dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie im Gewerberecht und in weiteren Rechtsvorschriften wie nachfolgend wiedergegeben Stellung genommen:

Da der Gesetzentwurf überwiegend Änderungen des Gewerberechts enthält, die für uns nicht relevant sind, möchten wir unsere Stellungnahme auf Artikel 3 des Entwurfs beschränken, der zwei Änderungen der WPO enthält.

Die vorgesehenen WPO-Änderungen begegnen aus unserer Sicht keinen Bedenken. Ausdrücklich begrüßen wir, dass sich der Gesetzentwurf insoweit auf die Änderungen beschränkt, die zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie als zwingend notwendig erscheinen. Dabei teilen wir die auch in der Gesetzesbegründung zum Ausdruck kommende Auffassung, dass im Ergebnis beide Änderungen keine große praktische Relevanz entfalten werden, sondern vor allem klarstellenden Charakter haben. Aus unserer Sicht ist nicht zu erwarten, dass Dienstleistungserbringer, die sich als Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zulassen wollen, den „Umweg“ über einen lokalen einheitlichen Ansprechpartner gehen.

Wir möchten uns lediglich den Hinweis erlauben, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nach unserer Auffassung weitere Änderungen der WPO in dieser Legislaturperiode ausgeschlossen sein sollten. Etwaige weitere Initiativen oder sonstige Änderungswünsche zur WPO sollten vielmehr in der kommenden Legislaturperiode in der gebotenen Zeit und sachbezogen geprüft werden.